

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riessa,
Bismarckstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riessa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21558.
Circuloffice Riessa Nr. 22.

Nr. 45.

Mittwoch, 23. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riessaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abnahme am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43. und 44. Seite 1.10 Mark, Druckpreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Text 1/2, Kufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 80 Pf. Jede Zeile gewöhnlicher Schrift enthält, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlung- und Erfüllungsort: Riessa. Versendungs- und Abrechnungsbüro: Riessa. — Im Falle bösser Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Postverkehrs oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnle. Riessa. Für den Verleger: Wilhelm Dietrich, Riessa.

Haferbewirtschaftung betr.

Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft 7b VIII vom 28. Januar laufenden Jahres wird auf Grund des Erlasses des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft dahin abgeändert, daß für die Benutzung ständlicher Drehmaschinen als Verarbeitungsanstalten 1/2, Rentner Hafer künstlich, Rentner Hafer für jede gedörrte Stute abgeliefert werden können. Großenhain, am 21. Februar 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riessa.

Sahnhofstraße Nr. 17. Tel. Nr. 40.
Es werden gesucht: 1 Feinmechaniker oder Uhrmacher, 1 Elektromonteur, 1 älterer, selbstständig arbeitender Schmied, 1 Eisenarbeiter, 2 perfekte Stenotypistinnen, 1 Küchenmädchen, mehrere Mädchen für die Landwirtschaft, 1 Gärtnerehrliche, 1 Schlosserlehrling, 1 Steinbildhauerlehrling, 2 Rechnerlehrlinge.

Griekkartenausgabe.

Die Ausgabe der Griekkartenausgabe für a) Schwangeren vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonates an, b) stillende Mütter bzw. Wöchnerinnen erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bzw. des Arztes Freitag, den 25. Februar 1921, nachm. 2-4 Uhr im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 15. Der Rat der Stadt Riessa, am 23. Februar 1921.

Auslandsausgaben-Ausgabe Freitag, den 25. Februar, von 5-7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen. Weida bei Riessa, am 23. Februar 1921. Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Riessa, den 23. Februar 1921.

— Grenzwende für Obersachsen. Gemeinde Popitz 92,50 M., Frauen- und Mädchen-Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland 200 M., Werkgenossenschaft für das Holzgewerbe 43,20 M., Dr. P. Stadtmann, Gröba, 5 M., vom Klubverein Riessa, gesammelt bei der Nachfeier im Gasthof zu Bergendorf, 248,60 M., Gemeinde Höderau 433,50 M., aufkommen 1022,80 M. Den Weibern sagt die Ortsgruppe Heimatsstreuer Obersachsen herzlichsten Dank.

— Elternabend der Mädchenschule. Für Freitag, den 25. Februar 1921, abends 1/8 Uhr haben Berufsberatungsstelle und Mädchenschule die Eltern der Mädchen in die Karola-Schule eingeladen, die zu Ostern ihr letztes Schuljahr beginnen, um auf den Ernst der Berufsfrage durch Vorträge des Herrn Dr. Waich und des Hrn. Obl. Götzel hinzuweisen.

— Tanz-Abend Vera Waldheim. Seitdem die jugendliche Künstlerin — damals 13 Jahre alt — vor etwa Jahresfrist unter der Leitung des Sächsischen Künstlerbundes (S. K. B.) in Dresden erstmalig mit großem Erfolge an die Öffentlichkeit getreten ist, hat sie in einer ganzen Reihe Städte, darunter Berlin, Hamburg, Weizsäcker usw., mit ihren künstlerischen Tänzen große Triumphe gefeiert. Auf Grund ihrer Erfolge wurde sie u. a. auch von der Intendanz des Mecklenburgischen Landestheater zu einem Gastspiel in Schwerin eingeladen. Durch die Vermittlung der hiesigen Ortsgruppe des S. K. B. wird Vera Waldheim am 4. März im Stern-Saal erstmalig hier auftreten. Der Kartenverkauf findet in der Buchhandlung Joh. Hoffmann statt. Mitglieder des S. K. B. haben Vorzugspreise. Näheres im heutigen Anzeiger.

— Brand. Im alten Speicher der hiesigen Landmühle von Silber u. Co. war vorgestern nachmittag durch Kurzschluß ein kleiner Brand ausgebrochen, der vom Betriebspersonal schnell gelöscht werden konnte. Die vorläufige Ursache der benachrichtigten Feuerwehren 5. achteten dabei beim Eintreffen nicht in Tätigkeit zu treten.

— Kommunale Vertretung Sachsens in Moskau. Nach einer Meldung des kommunistischen „Volksblattes“ in Dresden hat die kommunistische Partei Sachsens beschlossen, den Genossen Kurt Geber als Delegierten in das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale nach Moskau zu entsenden. Geber hat die Reise nach Moskau vor einigen Tagen angetreten und wird etwa 2-3 Monate in Russland bleiben, um dann von einem anderen Genossen abgelöst zu werden.

— Eine Kunstausstellung in Chemnitz. Die Ortsgruppe Chemnitz des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsbeschädigten u. Kriegerwitwen eröffnet am 23. bis 27. Februar im Adolfschen Museum am Königsplatz eine Kunstausstellung. Die Technische Kommission der Präfektur Dresden hat sich bereit erklärt, den Schwerbetroffenen sowie der Allgemeinheit das in Wort und Bild vor Augen zu führen, was auf dem Gebiete der Orthopädie-Lektüre einst und jetzt geleistet worden ist. Bisher 60 auswärtige sowie sämtliche Chemnitzer Handwerker und orthopädischen Schuhmacher werden die Ausstellung mit künstlichen Gliedern, Apparaten und Schuhen in den modernsten Konstruktionen besichtigen.

— Die Notlage der sächsischen Möbelindustrie ist außerordentlich groß. Mit ihr beschäftigt sich vor kurzem die hiesige Handelskammer. Sie beauftragte die sächsische Regierung gegenüber, daß vor allem die Ausfuhr von Möbeln gesteigert werden müsse. Die bestehenden Erleichterungen des Ausfuhrzolls, z. B. das zeitraubende Ausfuhrbescheinigungsverfahren, die soziale Abgabe, der Wertzuschlag usw. müssen beseitigt oder wenigstens gemildert werden, auch müsse die sächsische Regierung dafür Sorge tragen, daß der Möbelindustrie einheimische Holz in ausreichendem Maße und zu annehmbaren Preisen zugeführt werden.

— Eine Denkschrift über das Landeswohnungsamt. Dem Landtage ist eine Denkschrift der Regierung über das Landeswohnungsamt und seinen Geschäftsbereich zugegangen. Aus dem Inhalte sind die folgenden Kapitel zu erwähnen: 1. Errichtung und Aufgaben des Landeswohnungsamtes, 2. Ursachen der Wohnungsnot, 3. Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes, 4. Förderung der Neubautätigkeit, 5. Ueberwindung und Beseitigung der Baukosten, 6. sonstige Maßnahmen zur Verbilligung der Baukosten, 7. Träger der Bautätigkeit, 8. Bodenpolitik, 9. Siedlungsweisen, 10. Grundbesitz, 11. Sozialisierung des Wohnungswesens, 12. Wohnungsaufsicht und -Pfleger, Wohnungsnachweis, 13. Statistik und 14. Ausführungsstellen.

— Einreichungen von Gehalts- und Lohnnachweisen seitens der Arbeitgeber. Die

Arbeitgeber werden erneut auf die Anfang Februar d. J. von den Finanzämtern erlassene öffentliche Aufforderung hingewiesen, nach der sie verpflichtet sind, über alle Personen, die von ihnen im Kalenderjahre 1920 länger als zwei Monate beschäftigt worden sind, Einkommensnachweisungen, Gehalts- und Lohnnachweisungen nach vorerwähntem Muster bis spätestens 28. Februar 1921 bei dem für den Wohnort des Arbeitnehmers zuständigen Finanzamt einzureichen. Diese Einkommensnachweisungen sind auch für solche Personen auszustellen, die im Laufe des Jahres 1920 ihre Arbeitsstätte gewechselt oder ihre Arbeits-(Dienst)stelle noch vor der Auffertigung der Nachweisung verlassen oder ihre Erwerbstätigkeit z. B. infolge Verbeirathung ganz aufgegeben haben. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch für einzelne im Handels- in einem Gewerbebetrieb oder in der Landwirtschaft beschäftigte Personen, z. B. Dienstmädchen, landwirtschaftliche Bediente usw., über deren Einkommen früher in der Hausliste Angaben zu machen waren, die vorgefertigten Einkommensnachweisungen jetzt mit einzureichen sind. Wer die Einreichung der Nachweisung unterläßt, kann nach § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsgeldstrafe von 5 bis 500 Mark bestraft werden. Die bestmögliche Vorbeugung von den Finanzämtern und von den Gemeindebehörden kostenlos zu bestehen. Bei schriftlichem Ueberlieferungsantrag ist kein Eintrag in den Verzeichnissen der Steuerbehörden erforderlich.

— Dresden. Die Festungen berichten, wie der Ruhr, Deutschlands größte Großstadt zu sein, demnächst auf die sächsische Hauptstadt übergehen. Wenn die zur Zeit stehenden, sich aber mittels schon dem Abbruch nahe stehenden Eingemeinderungsverhandlungen mit reichlich 20 Vororten verbindet sein werden, gewinnt Dresden zwar an Einwohnerzahl nur 50 000 bis 60 000, also nur etwa 10 Proz., aber seine Flächenausdehnung vergrößert sich von etwa 9000 auf über 12 000 Hektar, also um gut die Hälfte seiner bisherigen Ausdehnung. Nur Groß-Berlin, diese Anlaufung von Großstädten, ist selbstverständlich noch größer als Groß-Dresden.

— Bischofswerda. Auf den abends 6.30 Uhr von Ramens hier eintreffenden Personenzug wurde kurz vor der Station Burtan ein Schuß abgegeben. Die Kugel ging durch das Fenster eines besetzten Wagens dritter Klasse, ohne jedoch glücklicherweise jemanden von den Insassen zu verletzen. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen nach dem Täter blieben erfolglos.

— Chemnitz. Am Montag wurde von dem Chemnitzer Schwurgericht der Schloffer Geisler wegen Mordes und versuchten Raubes zum Tode verurteilt. Bekanntlich hat der Verurteilte im September v. J. auf der Bahndorfer Brücke den Händler Bach aus Dresden mit beiden niedergeschlagen, jedoch derselbe noch am gleichen Abend verschwand. Der Mörder hatte kein Opfer unter allerlei Vorwänden und Versprechungen in den Chemnitzer Park gelockt und ihn da niedergeschlagen. Die Absicht, sich der Parochie zu bemächtigen, um seiner Frau eine Küchenausstattung zu kaufen, gelang ihm jedoch nicht, da er von hinzukommenden Leuten gefolgt wurde. Nach Ausführung der Tat flüchtete der Mörder, konnte aber nach genauen Angaben des Ueberfallenen, der zeitweise zu vollem Bewußtsein kam, alsbald verhaftet werden.

— Döberitz. Die gesamte Belegschaft der Firma F. A. Lange, Sächl. Kupfer- und Messingwerke, Kupferhammer-Grünthal und das Schweißwerk sind in den Ausstand getreten. Bisher 1200 Personen kommen in Betracht.

— Plauen i. S. Vom Reich sind der Stadt Plauen i. S. 540 000 Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt worden.

— Leipzig. Das ehemalige Königsplatz in Leipzig wird zur dreißigjährigen Weile unter großem Kostenaufwand vollständig umgebaut und der keramischen Industrie zur Verfügung gestellt werden. Die keramische Kunst in Dresden hat das Palais in Nacht genommen und den bekannten Dresdner Architekten Hochhaus mit der Ausarbeitung künstlerischer Entwürfe betraut.

— Dresden (Elbe). Am 4. Februar gab ein Geschäftsreisender, der abends von hier nach Torgau fahren wollte, auf dem hiesigen Bahnhof zwei Koffer mit Goldwären im Werte von 150 000 und 80 000 M. auf. Während der Zug in Weitzsch rangierte, ist der eine der Koffer mit 50 000 M. Wertgegenständen aus dem Waggon gestohlen worden. Bismarck-Leipa. Verhaftet wurde dieser Tage der Steinbildhauer Birder aus Jägerdorf unter dem dringenden Verdacht, die Industrielleberin Lindner im Zwangsurlaub bei Weipa einverwandelt zu haben. Birder gestand schließlich nach längerem Leugnen, die Lindner umgebracht zu haben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Tagung vom 21. Februar erneut mit dem Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Die Regierungsvorlage wurde nur in § 6 auf Antrag Tschiffers mit einem Zusatz versehen, der die partielle Befreiung des Aufsichtsrates plant und den Schutz von Minderheiten gewährleistet. Im übrigen wurde sie unverändert angenommen.

Der Herr Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ist gestern nachmittag nach kurzem Krankenlager an Herzschlag gestorben.

Freimachung von Briefen durch Stempelabdruck. Das Ende Dezember bei 5 Postämtern in Groß-Berlin versuchsweise eingeführte Verfahren, das gewöhnliche Briefsendungen zu den Gebühren von 10 und 40 Pfennig durch Stempelabdruck freigemacht werden, ist vom Reichspostministerium versuchsweise bei 9 anderen großen Postämtern im Reich weiter zugelassen worden.

Welche Ziele seitens der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland erstrebt werden, zeigt eine Abordnung der französischen Besatzungsbehörden für die Pfalz de Metz. Diese bestimmt, daß die schulpflichtigen Kinder von Eltern, die früher die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, nach dem Friedensvertrage aber die französische Staatsangehörigkeit erworben haben, aus der allgemeinen deutschen Volksschule entlassen und den von der Besatzungsbehörde für Offiziers- und Soldatenkinder eingerichteten Schulen zugewiesen werden. Die Maßnahme steht, wie die „Deutsche Wk. Ztg.“ feststellt, im Widerspruch zum Friedensvertrage und zum Rheinlandsabkommen. Eine ähnliche Bestimmung, wie die von dem Besatzungsdelegierten für die Pfalz getroffene, ist nur für das Saargebiet im Friedensvertrage vorgesehen. Es sind also etwaige Abänderungen der Besatzungsbehörden, die gegen die deutsche Gesetzgebung über das Schulwesen verstoßen, unzulässig. Die einschlägige Gesetzgebung ist im vorliegenden Falle die bayerische. Das bayerische Staatsministerium hat verneint, daß eine Ausnahme vorliege, die nur statthaft sei, wenn der Unterricht einer sonstigen Anstalt ausreichenden Ersatz für den Besuch der Volksschule bietet. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz hat gegen die Maßnahmen des französischen Besatzungsdelegierten für die Pfalz bei der internationalen Rheinlandskommission Einspruch erhoben.

Der bayerische Landesbahnrat erwidert zur Frage der Tarifserhöhung und Berücksichtigung der Schwerverletzten der Volksernährung und dementsprechende Beschränkung in der Steigerung der Gebühren für Personen- und Güterbeförderung.

Reichstag und Reichswirtschaftsrat nehmen am Mittwoch ihre Volltungen wieder auf.

Der Entwurf des Reichswehrgesetzes wird bereits Änderungen aufweisen, die den Parteien Bekanntheit verschaffen.

Schiebungen bei der Vermittlung von Wohnungen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden gestern vormittag im städtischen Wohnungsamt unter Mitwirkung von Berliner Kriminalbeamten eine große Reihe von Anträgen verhandelt, denen Schiebungen unter Annahme von Schmiergeldern bei der Vermittlung von Wohnungen zur Last gelegt werden. Die Untersuchung geht weiter.

Zunahme der Erwerbslosigkeit. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Volkserwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Verursacht man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach der bisherigen Schätzung nur etwa die Hälfte der tatsächlich Erwerbslosen Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa zwei Millionen Menschen in Deutschland des gewöhnlichen Arbeitseinkommens entbehren. Hier tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden müssen. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen gesamten Bevölkerung vollständig oder in einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Belien. Die Industrie der Textilien. Die Färbung „De Weulle“ beruht auf der Färbung der Industrie der Textilien. Die Färbung „De Weulle“ beruht auf der Färbung der Industrie der Textilien. Die Färbung „De Weulle“ beruht auf der Färbung der Industrie der Textilien.

England. Die Verbesserungen der Meeres. Das Programm der nächsten Jahresparlamentung der britischen Kammer für die Schifffahrt enthält u. a. den Antrag, die britische Meeresflotte zu erhöhen, Deutschland zu gewinnen, den britischen Dampferlinien die Lizenz für den Auswandererverkehr nicht ohne Vorzensur zu erteilen, ferner die Regierungskontrolle über Schifffahrt und Schiffsbau aufzuheben.

Amerika. Außenminister Hughes. Der am 4. März sein Amt angetretene neue Präsident der Union Harding hat sein Kabinett bereits seit einiger Zeit gebildet. Die meisten Staatssekretäre sind der Öffentlichkeit außerhalb Amerikas unbekannt. Nur Hughes, der seit Ende April den Posten eines Staatssekretärs für Auswärtiges angenommen hat, ist weiteren Kreisen vom Jahre 1918 her bekannt, wo er Wilson bei seiner zweiten Kandidatur um die Präsidentschaft als der republikanische Bewerber gegenüberstand. Obwohl er sich damals als der Vorkämpfer der mannigfaltigsten Kombinationen über seine mutmaßliche Politik knüpfte, für den Fall, daß er gewählt werden würde, zeigt sich auch heute wieder, daß der Vorkämpfer der Wunsch der Vater des Gebotens ist. Mit Sicherheit läßt sich, selbst heute, trotzdem Hughes kein unbeschriebenes Blatt mehr ist, noch sein bestimmtes Verstoß stellen. Der neue Außenminister hat es bisher vermieden, offen zu den europäischen Fragen Stellung zu nehmen. Aber da die in Amerika bekannt gewordenen Richtlinien Hardings sich mit denen von Hughes decken, ist der mutmaßliche Gang der Unionspolitik, was die wichtigsten Gebiete angeht, nicht mehr ungewiß. Hughes wird zunächst dafür sorgen, daß das europäische Chaos entwirrt wird, damit Amerika nicht nur seinen Warenüberschuß absetzen, sondern auch sonst auf seine Rechnung kommt, die als Folge der vielen Ententeanleihen ein hartes, ungeliebtes Gläubigerkonto aufweist. Die japanische Frage, d. h. der Verlauf der japanisch-amerikanischen Verhandlungen über die japanischen Ansprüche auf Anleihen in Kalifornien, wird wohl kaum auf Wien und Brüssel gehen, obwohl in letzter Zeit gemeldet wurde, daß die Vereinigten Staaten die Interessen Kaliforniens energisch wahrzunehmen beabsichtigen. Vorläufig hat der Senat das Einwanderungsverbot nur auf die Dauer eines Jahres erlassen. Hinsichtlich der europäischen Frage wird alles davon abhängen, ob die Abrüstungsfrage, die sich im wesentlichen zwischen England und Amerika abspielt, und an der die Union ein nicht geringes Interesse hat, zur Zufriedenheit der beiden Parteien geregelt wird.

Aufnahme deutscher Obligationen. Aus dem Staatsdepartement verlautet, daß Wilson wahrscheinlich dem Kongress vor dem 3. März empfehlen wird, die Vereinigten Staaten zu ermächtigen, deutsche Obligationen aufzunehmen, die als Vergütung für die belgische Schuld an die Vereinigten Staaten verwandt werden sollen.

Das Ideal-Fahrrad.

Der ungarische Ingenieur Faray beabsichtigt mit der hundertprozentigen Rekonstruktion eines völlig veränderten Fahrradtyps, den er „F-Rad“ nennt, an die Weltöffentlichkeit zu treten. Ingenieur Faray stellte sich beim Entwurf des neuen Rades die Aufgabe, sämtliche Nachteile des heute bestehenden Zweirades auszugleichen. Bekanntlich erfolgt die Übertragung der menschlichen Leistung beim heutigen Fahrrad mit Hilfe des Kurbeltriebs über Kettenräder und Räder auf das angetriebene Hinterrad. Bei diesem Antrieb nun haben selbst bei gleichbleibender Antriebskraft die am Umfang des Kurbeltriebs wirkenden Drehkräfte während einer Umdrehung einen ungleichförmigen Verlauf. Wohl vermag man diese Geschwindigkeitsunterschiede am Umfang des Antriebsrades durch ein großes Schwungradmoment der umlaufenden Teile bei großen Maschinen einigermaßen auszugleichen. Da aber diese auszugleichen „Arbeitsflächen“ bei einem Fahrrad im Verhältnis zur Gesamtarbeit sehr groß sind, so ist es nur bei ziemlich hoher Geschwindigkeit des an sich leichten Zweirades möglich, einen guten Gleichförmigkeitsgrad zu erzielen. Für jene Fälle jedoch, in denen es gerade darauf ankommt, möglichst das Beste aus dem Fahrrad herauszuholen, nämlich bei Steigungen, schlechten Wegen, Wind usw. reicht infolge des geringen Gleichförmigkeitsgrades die von dem Menschen angewendete Leistung in einer Verlehnungsperiode oft nicht mehr aus, die Widerstände zu überwinden. Das Rad verweigert beim darauffolgenden Kurvelstopfen den Dienst. Hierin liegt also die Hauptursache, weshalb das heutige Fahrrad in geringen Gebieten und auch auf schlechten Wegen bei unglücklichen Umkehrverhältnissen einfach nicht verwendet werden kann. Es ist selbstverständlich, — sagt Ingenieur Hittner in der „Berliner Montagspost“ — daß diese angegebenen Mängel des heutigen Fahrrads ganz grundsätzlich über die Natur sind und daß zu ihrer Beseitigung keine Verbesserungen niemals ausreichen würden. Deshalb hat Ingenieur Faray die Kurbel für das Fahrrad vollständig verworfen und sie durch eine Art Hebelantrieb ersetzt. Die Anordnung dieses Antriebs hat er derart gewählt, daß bei normaler Ausnutzung der Muskelkraft die Umfangskraft am Hinterrad während des ganzen Hubes annähernd gleichmäßig bleibt, so daß die Geschwindigkeitsveränderung in jedem

Aus Gustav Freytags Nachlaß.

Der Nachlaß Gustav Freytags, der die kostbarsten und unergründlichsten Zeugnisse zum Verständnis seiner Persönlichkeit und zur deutschen Kulturgeschichte enthält, ist vor der Abwanderung in das Ausland gerettet worden, wie bereits kurz gemeldet wurde, und hat Aufnahme in der großartigen Dokumentensammlung Darmstädter bei der Preussischen Staatsbibliothek gefunden. Julius Schuler gibt im neuesten Heft des von Adolph Donath herausgegebenen „Kunstwanderer“ einen Überblick über die auf diese Weise und bewahrenen handschriftlichen Schätze und teilt zugleich einige interessante Proben mit. Der Nachlaß Freytags besteht in der Hauptsache aus seinem Briefwechsel mit hervorragenden Männern, wie Mathy, Alfred Dove, Sobel, Treitschke, Konstantin Höpfer; auch die Briefe Freytags an den Herzog Ernst von Koburg, an Albr. v. Stosch, an Eduard Devrient sind hier vereinigt. Sodann befinden sich in dem Nachlaß 1905 von Freytag gesammelte Briefe hervorragender Persönlichkeiten, die meist an ihn gerichtet sind, 700 von seiner Frau gesammelte Briefe von Bedeutung, dann Gedichte und Manuskripte aus Freytags Jugendzeit, darunter viel Ungedrucktes, Freytagsche Familienpapiere, interessante Autogramme und einige kulturgeschichtlich wichtige Urkunden, die der Schöpfer der „Wilder aus der deutschen Vergangenheit“ zusammengebracht. Die vollständigen und ursprünglichen Zeugnisse sind beisammen, um das Leben des Dichters in seiner ganzen Ausdehnung, um sein Werden und Wirken zu erschauen. Da sind die Verse seiner Jugendzeit, „Schöne Mädchen“, wie der Dichter sie nannte, da sind seine ersten literarischen Versuche, wie die „Wilde der Hallenstadt“

und „Der Schulmeister“. Seinen größten Erfolg als Theaterdichter errang Freytag mit den „Journalisten“. Er wird nicht sehr freuen, schreibt er 1852 an Eduard Devrient darüber, „wenn das Stück Ihnen nicht mißfällt und für Ihre Bühne brauchbar scheint. Es ist etwas schlotterig gearbeitet. Das Stück ist in einem Sommer gemacht. Schon vor drei Jahren schrieb ich die meisten Szenen und ließ sie unglücklich liegen. Bei dem nächsten Stück soll dieser Teil der Technik besser sein.“ Einen unvergleichlichen Spiegel deutscher Kultur hat aus Freytag, in dem literarische Phantasie und gelehrte Sorgfalt eine so ideale Gemeinschaft eingegangen hatte, in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit dargestellt. Nimm die Hände, schreibt er an den Bedienten Karl Mathy, „freundliche Art, welche jetzt von den Teutonen anlangen, um bei Karl Mathy aufzuwarten. Es ist eine Art Krabbenzug zu unserer deutschen Geschichte geworden, der seine Rechtfertigung nur in der patriotischen Lebensliebe finden mag.“

Die Liebe zu seinem Volk, die sich in dieser Schilderung seiner Kultur so prächtig offenbart, verleiht ihm grade auf der Höhe des höchsten Glanzes in der Welt. Er war bekanntlich kein Freund der Kaiserkrone und schrieb schon 1870 an v. Kormann: „Wir sind über Nacht kaiserlich geworden. Meine Meinung gegen diese Standeserhöhung kommt zum Teil aus der Empfindung, daß ich unserem Herrscheramt nicht gerne die geduldeten Gefahren erweisen hätte, in der Verantwortung. Schön und offizieller Lebenswürdigkeit auszugeben.“ Und 1871: „Mit der Kaiserkrone ist viel Gefährliches für die Hohenzollern über uns gekommen. Es wird der Nummer Deutschlands werden, daraus müssen wir alle gefaßt sein.“ 1878: „Wir werden noch teuer die Erkenntnis bezahlen, daß es nicht genügt, Statuten und Gesetze zu

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 23. Februar 1921.

Wahlungen aus Berliner Morgenblättern.
X Berlin. Ueber die Herstellung einer Homogenität in der Regierungsbildung im Reich und in Preußen, wie sie von den Parteien der Regierungskoalition im Reich empfohlen wird, sagt das „Berl. Tagebl.“, der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierungskoalition werde von den Zustimmungen abhängen, die die Partei für ihr Verhalten in einem Koalitionskabinet abgeben werde. Die demokratisch-republikanischen Parteien der gegenwärtigen Regierung in Preußen würden jedoch die entscheidenden Ministerien wie das Ministerium des Innern und das Kultusministerium für sich beanspruchen. — Ueber die endgültige Stellungnahme der Sozialdemokraten kann, wie der „Vorwärts“ mitteilt, noch nichts gesagt werden, da die einzige unabhängige Parteiinstanz, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, noch nicht zusammgetreten ist. — Die Deutsche Volkspartei vertritt, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ ausführt, nach wie vor die Einheitsfront von den Nationalen bis zu den Mehrheitssozialisten im Reich wie in Preußen. Die „Germania“ lehnt erneut die Teilnahme des Zentrum an einer rein bürgerlichen Regierung, wie sie von den Nationalen gefordert wird, ab.

Im Kleinen Schauspielhaus in Berlin kam es vorgestern abend bei der Aufführung von Schnitzlers „Helenen“ zu Krawallen. Unter unheimlichem Lärm wurden Einstüben geworfen und eine atembeklemmende Mistschicht verpuffte. Kriminalbeamte, die im Zuschauerraum anwesend waren, verhafteten 30 Verurteilte, die sich an den Störungen beteiligt hatten. Die Vorstellung wurde nach längerer Unterbrechung zu Ende geführt.

Bei einer Kinderverkostung der Münchner Marionettenspiele in Halle wurde von den schuldigen Zuschauern ein beträchtlicher Schaden verübt, die Vorstellern abgebrochen werden mußte. Erst der Polizei gelang es, den Saal zu räumen, nachdem die Kinder Tische und Stühle zertrümmert hatten.

Die Behauptung von Angestellten des Berliner Schlachthofes, daß u. a. auch der Reichspräsident Obert mit wesentlich 35 Pfund Fleisch an Grund einer besonderen Rasse geliefert worden sei, ist, wie amtlich mitgeteilt wird, frei erunden.

Ueber den Gang der Verhandlungen der Konferenz der Ernährungsminister in München teilte Dr. Vermeil mit, eine Reihe grundlegender Fragen habe bereits geklärt werden können. Er sei der Meinung, daß im laufenden Wirtschaftsjahre der Preis der Weizengetreide nicht verändert werden dürfe. Sollten die Londoner Verhandlungen unglücklich ausfallen, so sei er für die künftige Ernährungsverwaltung pessimistisch. Wie würden in London mit aller Kraft den Standpunkt vertreten, daß wir aus eigener Kraft die Ernährungsversorgung noch nicht durchführen können.

Aus Oberschlesien.

X Wlch. Sonntag nacht wurden auf das Wirtshaus in Kreuzburg etwa 50 Schiffe abgedeckt, durch die großer Schaden angerichtet wurde. Wenden wurden nicht verletzt. Nach kurzer Zeit wurden auch gegen die Schule Gewehrschüsse abgegeben. Warrer und Lehrer sind deutsch geblieben.

X Paris. Auguste Souvain sagt im „Journal des Debats“ mit Bezug auf den voranstehenden Bericht des Obersten Vats über die Volksabstimmung in Oberschlesien, Ministerpräsident Briand habe weise gehandelt, in dieser Frage nachzugeben. Wenn man die getrennte Zustimmung vorgenommen hätte, so hätte man den Deutschen einen

ernannten Vorkämpfer angeden, hier gegen die Vornahme der Volksabstimmung in Oberschlesien zu protestieren. Außerdem hätte man einen Präzedenzfall gegen den Friedensvertrag geschaffen. Der „Temps“ behauptet, daß die erste in London getroffene Entscheidung ein ungewolltes Zugeständnis an Deutschland bedeute.

Die Londoner Konferenz.
X London. Der Beschluß, die erste Sitzung mit den Briten erst heute abzuhalten, ist dem Deutschen Bureau zufolge auf den Wunsch zurückzuführen, den beiden Delegationen Zeit für ihre Verhandlungen untereinander zu lassen.

X Paris. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, hat der Minister Loucheur, der gestern in London angekommen ist, noch seiner Abreise aus Paris erklärt, er so gerne wie Briand würden in London in Gegenwart der Deutschen von der einmal in Paris festgelegten Entscheidungsumfrage absehen, nur über die Abhängigkeitsmodalitäten könne in eine nähere Erörterung eingetreten werden.

X Berlin. Der Lokal-Anzeiger erzählt aus maßgebenden politischen Kreisen: Es drängt sich ernst an, daß man sich in deutschen politischen Kreisen hinsichtlich Londons keinem allzu großen Optimismus hinläßt, da die Vertreter Frankreichs Lösungen mit gebundenen Händen in London erscheinen werden, nachdem man sie in aller Form beauftragt hat, die deutschen Gegenanschläge nur auf der Basis der Pariser Beschlüsse zu diskutieren. Unter solchen Umständen könnte es sich, so meint man, ereignen, daß selbst die brauchbarsten deutschen Vorschläge von den Franzosen abgelehnt werden, nur weil sie sich mehr oder weniger vom Pariser Vorbild entfernen könnten.

Die Tagung des Völkerverbundes.

X Paris. (Agence Havas.) Der Völkerverbund hat einen Ausschuss gebildet mit dem Auftrag, die Ausdehnung des Art. 18 des Volls zu prüfen, der die wirtschaftliche Blockade im Falle eines Vertragsbruchs betrifft. Der Rat befaßt sich weiter mit dem Frauen- und Kinderbandel und entscheidet, daß eine Konferenz in der letzten Juniwoch in Genf zusammentreten soll. Zum Schluß wurde ein Schreiben von Wallace verlesen, das eine Vollkraft der Vereinten Staaten über die Mandatsfragen ankündigt.

X Paris. In seiner Vortragsrede hat der Rat des Völkerverbundes gestern einen Brief rezipiert, durch den der deutsche Regierung auf ihre Note bezüglich Polen und Malmedy geantwortet werden soll. Die Antwort erinnert daran, daß der Rat bereits früher anerkannt habe, daß infolge des Ausfalls der Abstimmung das Gebiet der Provinz Belgien zugefallen sei.

X Paris. Nach einer vorausgehenden Besprechung in dem vom amerikanischen Vorkämpfer Wallace dem Präsidenten des Völkerverbundes überbrachten Schreiben, welches eine Mitteilung der amerikanischen Regierung in der Mandatsfrage ankündigt, u. a.: Ich habe die Ehre im Namen meiner Regierung darum zu ersuchen, daß keine endgültigen Entscheidungen über irgend einen Punkt in der Frage des Mandats getroffen werden, bevor Sie die erwähnte Mitteilung erhalten haben, die Ihnen spätestens am Mittwoch zugehen wird. Der Präsident des Völkerverbundes sagt in seinem Antwortbrief, entsprechend dem geäußerten Wunsch werde jede endgültige Entscheidung über die Mandatsfrage der Mandatsfrage, die gegenwärtig in Verhandlung seien, bis nach dem Eintreffen der amerikanischen Mitteilung aufgeschoben werden.

X Genf. Das Sekretariat des Völkerverbundes hat an alle Mitglieder des Bundes eine Umfrage gerichtet, in der es Auskunft verlangt über die in jedem Lande gegenwärtig in Kraft befindlichen gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels, sowie über die Befugnisse, welche diese Staaten für die Zukunft vorzusehen haben.

Die Zurückziehung der Amerikaner.

X Berlin. Eine offizielle Bestätigung der aus Warschau kommenden Nachricht, daß die Amerikaner ihre Truppen aus dem besetzten Gebiet sehr bald zurückziehen würden, ist auf deutscher Seite im Rheinland noch nicht bekannt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Besatz zu dieser Maßnahme noch von Wilson ausgehen wird. Aber es prägen sich sichere Anzeichen dafür, daß der kommende amerikanische Präsident die Zurückziehung tatächlich bis zum März veranlassen wird. Für Deutschland und unter diesen Umständen die Frage von größtem Interesse, wer der Amerikaner in der Ruhrzone sehen werden. Nach allem, was man von den Absichten der Franzosen weiß, kann kein Zweifel bestehen, daß die Franzosen den Wunsch haben, an Stelle der Amerikaner zu treten und es sich nicht so aus, daß sie dabei auf irgend einer Seite der Alliierten einen Widerstand finden würden. Sicher ist, daß durch eine solche Erweiterung der französischen Besatzungsgebietes die Überwältigung der Franzosen und ihre Politik im Rhein eine sehr beträchtliche Stärkung erfahren würde. Diese Erweiterung würde auch dann eintreten, wenn etwa die Franzosen gleichzeitig den Augenblicklich von ihnen besetzten Teil der englischen Zone mit Bonn wieder an die Engländer herausgeben und dies würde in erhöhtem Maße dann der Fall sein, wenn, was zu befürchten ist, die Amerikaner auch aus der interalliierten Rheinlandkommission austreten würden.

Eine bolschewistische Niederlage.

X Konstantinopel. (Agence Havas.) Die Nachricht von einer Revolution der armenischen Nationalisten gegen die Sowjet-Regierung von Etschmi bedingt sich. Die Truppen von Georgien haben die Offensive gegen die armenischen Bolschewisten südlich von Etschmi ergriffen und einen Sieg davongetragen. In Georgien haben die Aufständischen der Mobilisierungsordnung Folge geleistet. Die Vertreibung der Hauptstadt Sordun sichergestellt zu sein.

machen, und daß die selbstgefällige Olllosigkeit, welche sich hinter dem Klischee ausbildet, eine schlechte Vorstufe ist, den Staat zu regieren.“ Er fürchtete den Rückschlag gegen die hochgepöbelte Begeisterung der ersten Zeit des Kaiserreiches und schrieb im Goldjahre 1888 an v. Kormann: „Dieser Rückschlag wird sicher eintreten, und solche Zeiten der Ernüchterung und des Wühlens sind für die Monarchie zumal in Deutschland die gefährlichsten.“

Nach in seinem Alter hatte er in seiner Ehe mit Anna Freytag, geb. Bögel, ein reiches ruhiges Glück gefunden. „Das Frauchen läßt sich in der Wirtschaft“, schreibt er 1891 aus Stelben an Carl Ludwig, „und sucht das alte Haus für den Sommer wohnlich zu machen, draußen locken die Vögel zum Reherbau, und ich sehe mit frohem Gemüt, wie am Seeberge die Sonne niedertinkt und die Dämmerung am Himmel aufsteigt.“ Vier Jahre dieser abschließenden Lebensharmonie waren ihm vergönnt. Noch am 25. März 1895 schrieb er an seinen treuen Gartner Richter: „Daß im Garten die Schalen des Winters gebessert werden, ist in diesem Jahre doppelt nötig, der Verlust der amerikanischen Fische würde mir sehr leid tun.“ Der Frühling fand ihn nicht mehr unter den Lebenden.

Kunst und Wissenschaft.

Des 20. Deutsche Geographentag findet in Leipzig am 17., 18. und 19. Mai 1921 statt. Er wird unter der Nachwirkung der schweren, auch in das Leben der Wissenschaft tief eingreifenden Erschütterungen stehen. Raum eine Sitzung wird vorübergehen, ohne das Hauptthema: Geographie und Weltkarte zu berühren.

Vereinsnachrichten

„Sängertrupp“. Heute keine Singstunde. Freitag abends 8 Uhr Vorstand- u. Festausschussung im Schlachthof. **Mitgl. Handwerkerverein.** Donnerstag, 24. 2. 21, abends 7,9 Uhr „Stadt Dresden“. 1. Buchführung des Hausbes. betr. 2. Erhöhung der Vereinssteuer. 3. Geldbewillig. 4. Verhandlung mit dem Mieterverein betr. **S. u. D.** Donnerstag 8 Uhr Zimmer neben Saalgarberobe Zusammenkunft. Vortrag Herr Doppe. **Jungfrauenverein „Immergrün“.** Freitag, 25. 2., abends 7 Uhr Zusammenf. in Stadt Hamb. betr. Musf. u. Radeberg u. Dresden zum Jungfrauenball. Wichtig, alle erlch. **Sportverein Radeberg.** Freitag 8 Uhr außerordentliche Versammlung und Spielerausschussung bei Baum.

Militärverein | Riesa und Umgegend.
Sonabend, 26. d. M., im Gasthof zum Stern

Winter-Vergnügen

besteh. aus Tanz, Gesangsvorträgen u. Ueberraschungen. Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet alle Kameraden nebst Angehörigen, sowie Männer des Vereins freundlichst ein der Festausschuss.
— Vereinsabzeichen sind anzulegen. —

Elternversammlung in Röderrau

Freitag, den 25. Februar 1921, abends 7,8 Uhr im Waldschützen. Herr Lehrer R. Luge aus Leubsch bei Leipzig wird über „**Weltliche Schule und Religionsunterricht**“.
Alle Eltern ladet zu zahlreichem Besuche ein die Lehrerschaft zu Röderrau.

Kampf! gegen Schmutz u. Schund in Wort und Bild!

Einwohner, insbes. Jugend von Riesa und Umgegend! Sonntag, den 27. Februar, nachm. 2 Uhr auf dem Albertplatz, Riesa

Öffentliche Protestkundgebung!

Aufmerken: Jugendringstr. Niebold u. Lydia Gaer, Dresden. Jugend! Erscheine in Massen! Keiner bleibe fern!
Jugendring Dresden.

ff. Schmalz == Margarine

frisch eingetroffen und empfiehlt billigt
Pfund- und Zentnerweise

G. Grubbe, Bismarckstr. 35a. Telefon 652.

Edel-Kaffee

gerösteter Bohnenkaffee in hochfeinen Qualitätsmischungen
das Pfd. 20.—, 24.—, 28.—, 30.—, 32.—

ff. indischer Betoe-Zee Pfd. 28.— ff. Souchong-Zee Pfd. 32.—

Kakao Pfd. 18.—, 20.—, 22.—, 24.—
Schokoladen, Biskuits, Vanille
Kognak, Vitore

Feinste Tafelmargarine Pfd. 10.80

Merfeinste Tafelmargarine Pfd. 13.—

Rieser Kaffee-Röstwerk

Adolf Bormann

Wettinarstr. 25. Telefon 444.
Mitglied großer Waren-Bezugsvereine.
Erste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Prima reines

Schweinefett Pfd. 12.— M.

ff. Margarine " 10.80 "

Karte „Siegerin“ (wie gute) " 13.— "

Vieler Fettbüchlinge " 5.— "

Spezialität: Feinsten Fleischsalat
empfiehlt

Gmit Minger, Bismarckstr. 11a, Telefon 581.

Bruchleidende

Gürtelbruchband „Außerst bequem“
Tag und Nacht tragbares Spezialbruchband ohne Feder mit Gummi- und bedender Velotte. Durch zahlreiche Dank-
schreiben als hervorragend bequem u. sicher wirkend anerkannt.
Weitestgehenden Ansprüchen genügend.
In eigener Werkstatt hergestellt vom

Harzer Sanitäts- und Bandagenhaus
Friedrich Rasche, Ballenstedt im Harz.

Zur Annahme von Bestellungen ist mein Vertreter an-
wesend in Riesa, Hotel Wettinar Hof, **Montag,**
den 26. Februar 1921, von 9-3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Karl Gottfried Riese.

Dies zeigen im tiefsten Schmerze an
Marie Riese und Kinder.
Riesa, Schützenstr. 15, u. Witterfeld,
26. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag
7,3 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Sächsischer Künstlerhilfsbund

Ortsgruppe Riesa

Freitag, 4. März 1921, 7,8 Uhr, Stern-Saal
Die vierzehnjährige

Wera Waldhelm

in Tänzen nach Kompositionen von Fr. Schubert,
Chopin, Brahms, Grieg, Dvorak, Joh. Strauß

Karten bei Joh. Hoffmann, Hauptstr. 36, Tel. 107
und an der Abendkasse

1. Platz 8 M., 2. Platz 6 M., 3. Platz 4 M.

Für Mitglieder des S. K. V. des Vereins
für Volksbildung und Kunstpflege Riesa-Gröden,
des Vereins Erholung und des Chorvereins
— (korporative Mitglieder des S. K. V.) —
6, 4,50 und 3 M.

H. Richters

Kaufmann. Separat-Tanzkursus

mit Erlernung feiner gesellschaftlicher Umgangsform beginnt
Wittwoch, den 30. März

(Damen 7 Uhr, Herren 8 $\frac{1}{2}$ Uhr) im Hotel Wettinar Hof.
Weitere Anmeldungen in meiner Wohnung, Albert-
platz 6, erbeten. Prospekte daselbst.

Hochachtungsvoll Rob. Richter, Frib Rühr.

Restaurant Bürgerhof.

Sonabend, Sonntag und Montag
großes Bockbierfest.

Stoff vorzüglich und hochfein.
— ff. Bockwürstchen. —

Für launige Unterhaltung sorgt Komiker Fahrenber.
Um gütigen Zuspruch bitten Oswald Köhler u. Frau.

Gasthof „Stadt Riesa“, Poppitz

Donnerstag, den 24. 2. 21, ab 7 Uhr

ff. feines Tanzkränzchen

R. M. u. B.

Gasthof Seerhausen.

Sonntag, den 27. Februar
großes Preis-Skaten mit Bockbierfest.

Rieshaag

Verkaushaus
Bahnhofstr. 3a
— Welda: —
Schillerstr. 22.
En gros:
Wettinarstr. 26.

Schokolade 100 Gramm 2.—
Kakao $\frac{1}{4}$ Pfund 5.—
Pötsch-Kaffee 6.50
Pötsch-Tea 3.50
Doppelpregel-Kernseife M. 5.—
in Seifenpulver M. 2.—, 4.—
Wiederverkäufer Extrapreise.

Gardinen in Madras in Zül in Wall

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen in nur guten
Qualitäten mache ich ganz besonders aufmerksam und
empfehle die Beschaffung meines Lagers.

Arthur Blindig, Dekorateur, Riesa, Bismarckstr. 37.

SAMMET

Kein Stoff kleidet unsere
Frauen so reizend als der
„Samt“ trotz seiner
Schlichtheit! „Samt“ ist
in besseren Qualitäten fast
v. unbegrenzter Haltbarkeit

Proben bereitwillig!

**Seidenhaus Carl Schneider, Dresden, Altmarkt
Nr. 8.**

Ema-It



D. R. W. J.
Nr. 97 201.
Bestes Rostschutz-
Zolier- und An-
strichmittel für
Eisen, Beton, Ze-
ment, Siegel,
Mauerwerk, Holz,
feuchte Wände usw.
Proben und Unter-
suchungsscheine
von öffentlichen
Prüfungstellen,
Behörden usw.
liegen bei mir zur
Sicht aus.
Näh. Auskunft er-
teilt bereitwilligst
Oskar Geber
Dachdeckereifert
— Riesa —
Fernsprecher 100.

Bobbiker Straße 31.
Vertreter der Amtsh. Großenhain und Ohsch.
Alleiniges Verkaufsrecht.

Gehrock-Anzüge Cutaway-Anzüge

werden verliehen
Hauptstr. 28, 2. Reinhold.

Militärtauchhofen

Wieder eingetroffen:
Neue selbstgauge
Militärtauchhofen
zu 175.— u. 160.—
Franz Feinze, Riesa.
Kleiner Posten
gebraucht, umgearbeitet.
Militärtauchhofen
(60.— bis 80.—).

Schlafdecken

Wir versenden unter
Nachnahme franco
durch ganz Deutschland
für **28.50**
eine wundervolle, woll-
haltige Schlafdecke, ca.
1100 Gr. schwer, Größe
140x190.
Martins & Bloch
Aktiengesellschaft
Damburg 1, Bankstr. 58
Deden- u. Siedefabrik.

Wiederverkäufer decken ihren Bedarf an Rauchtobak

echt Schwarzer Krauser
Zigaretten — Rauchtobak
usw. selten günstig bei
Tabak-Köhler
nur Bismarckstr. 65, gute Quelle.
Sport-Zigaretten, 30 Bfg.
per 1000 Stück 180 Mark.

Versteigerung

von Nachlasssachen
übernimmt
Nürbehen, Riesa.

Bereinsabzeichen

Emalle u. Prägung.
Berl. Sie gratis Mutterblatt.
W. Ober, Leipzig-Co.

Damms Tanzstunde

findet diesen Donnerstag
im Kronbrunn statt.

Freiwillige Sanitätskolonne

Freitag abends 8 Uhr
Übung im Hebungslokal
Der Kolonnenführer.
Die heutige Nr. umlädt
6 Seiten.

Nachruf!

Der so plötzlich aus seinem arbeitsfreudigen Schaffen in ein
besseres Jenseits abberufen

Mühlendirektor Herr

Oskar Brendel

aus Oelsitz

war vom Bestehen unserer Genossenschaft an Vorsitzender unseres
Aufsichtsrates. Als solcher war er uns nicht nur ein getreuer Führer
und Berater, sondern auch ein hochherziger Freund und Mitarbeiter.
Trauernden Herzens stehen wir an seiner Bahre und rufen ihm für
seine unermüdete Arbeit und Sorge im Dienste unserer Sache ein
„**herzliches Habe Dank und Ruhe sanft!**“
in die Ewigkeit nach.

Sein Andenken werden wir stets dankbar in Ehren halten.

Der Vorstand und Aufsichtsrat
der Müllergenossenschaft Grossenhain
e. G. m. b. H.

Am 19. Februar d. J. verschied unerwartet der Leiter unseres
Unternehmens,

Herr Mühlendirektor

Oskar Brendel.

Der Verbliebene, hochgeschätzt von jedermann, das Vorbild
seltener Schaffenskraft, hat in rastlosem Fleiße unser Unternehmen
aus schwierigen Verhältnissen heraus zu grosser Blüte gebracht.
Wir danken ihm. Ein ehrendes Andenken ist ihm für alle
Zeit gesichert.

Der Aufsichtsrat
der Mühlenwerke Oelsitz G. m. b. H.

Es wird lichter.

Wendlich beginnen wir nun doch klarer zu sehen. Der Termin der Volksabstimmung in Oberschlesien ist jetzt festgesetzt. Der deutsche Einbruch gegen die Ueberwindung der Abstimmung hat eben so wie unsere Verwahrung gegen die getrennte Abstimmung der anständigen und der gebürtigen Oberschlesier Erfolg gehabt. Die Londoner Beschlüsse über Oberschlesien bilden aber nur die Einführung zur Entschädigungskongressen. Auf der Konferenz selbst werden unsere Vertreter noch reichlich Gelegenheit haben, über die ober-schlesische Frage zu sprechen. Wenn sie das ganz freimütig tun, kann es bei der Abstimmung noch ganz anders kommen, als die Polen bisher geglaubt haben. Wir werden aber in London in erster Linie nicht den Zusammenhang zwischen unserer Zahlungsfähigkeit und dem Besitz Oberschlesiens betonen dürfen, damit es nicht den Anschein gewinnt, als ob wir den Entente-mächten einen Subhandel vorsetzen wollten; nämlich die Abstimmung zu unseren Gunsten zu beeinflussen, um sich selbst größere deutsche Entschädigungen zu sichern. Das würde Herr Brand natürlich mit keinem Worte abweisen, und Deutschland wäre wieder einmal moralisch ins Unrecht gesetzt. Folglich ist vielmehr, daß wir unerschrocken den moralischen und rechtlichen Standpunkt geltend machen: Frankreich hat sieben Verträge mit Polen geschlossen, die ein Defensivbündnis und eine Militärkonvention umfassen. Danach ist die Frage aufzuwerfen, ob der Vertreter Frankreichs in Polen wohl noch als Reparaturbetreiber betrachtet werden könne. Wir werden auf die Behauptungen verweisen müssen, die schon früher von den Deutschen in Oberschlesien gegen General Le Rond erhoben worden sind. Der Oberste Rat in Paris hat diese Behauptungen geprüft, aber trotzdem die Rückkehr des Generals nach Oberschlesien gutgeheißen. Geben wir zu, daß persönliche Uebergriffe Le Ronds zwar mit gutem Grund vermutet, aber nicht erwiesen werden konnten. Aber er hat als Militär nach den Instruktionen und Intentionen seiner Regierung zu handeln. Und können die Deutschen Oberschlesiens, kann Deutschland, wird irgend ein Unbesonnenheit die Zuerst haben, daß dieselbe französische Regierung, die angeblich der Abstimmung in Oberschlesien den Abschluß eines Bündnisses mit Polen so eilig hatte, daß Willy Brandt vom Krankenlager weg nach Paris reisen mußte. Ihren Vertreter in Oberschlesien zu strenger Unparteilichkeit zwischen Deutschen und Polen anzuweisen wird? Die Sicherheit der Abstimmung wird durch die Entschädigung durch Truppen ins Abstimmungsgebiet zweifellos erhöht werden. Aber die Frucht der Abstimmung dürfte nur durch einseitige Leistung verbürgt werden. Frankreich kann keine Verpflichtung darin erblicken, daß ausgeprochen wird, wie wenig sich seine Vormachtstellung bei der ober-schlesischen Abstimmung mit seiner Sonderstellung gegenüber Polen verträglich. Erst in zweiter Linie werden wir dann die Abhängigkeit der Entschädigungszahlung, die doch eine Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands ist, von der Lösung der ober-schlesischen Frage hervorheben müssen: nur um das zu zeigen, daß in London endgültige Ergebnisse bezüglich der Entschädigung unmöglich verlangt werden können, weil vorerst die ober-schlesische Frage ebensowenig gelöst ist, wie diejenige nach der Schadenshöhe.

Aber auch in Bezug auf die uns übermittelten Schadensausstellungen und deren weitere Behandlung ist es jetzt allmählich klarer. Wir haben es jetzt, warum Herr Brand, der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission, eigentlich aus der Kommission abberufen wurde. Die Reparationskommission hatte Herrn Brand, indem sie Deutschland anforderte, Sachverständige zur Prüfung der verschiedenen Schadensausstellungen nach Paris zu entsenden, damit beantragt, den Verkehr mit diesen Sachverständigen zu verweigern. Die Deutschen haben aber erwidert, daß eine Prüfung der einzelnen Aufstellungen in den angegebenen Terminen unmöglich ist, daß sie Zeit zu einer gründlichen Untersuchung und gemäß dem Friedensvertrag, der ihnen „nach Billigkeit Gehör“ bei der Reparationskommission zusagt, auch Gelegenheit verlangen, ihre Einwendungen im allgemeinen und im einzelnen vor der Reparationskommission selbst und nicht bloß vor einem besonderen Ausschuss — der Kriegs-Schadenskommission — zu entwickeln, natürlich nicht bloß schriftlich, sondern in einem ordentlichen mündlichen Kontraktlichen Verfahren. Die Reparationskommission hat das abgelehnt, aber Herr Brand ist von seiner Regierung, der er zweifellos Mittelung über das Vorgehen der Kommission gemacht hat, abberufen worden. So erweist seine Abberufung gerade in diesem Augenblick als eine Verwahrung der amerikanischen Regierung dagegen, mitverantwortlich gemacht zu werden für einen neuerlichen Versuch, die Rechte, die den Deutschen gemäß dem Friedensvertrag zustehen, illusorisch zu machen. Bei der Londoner Konferenz werden unsere Vertreter, wie sich von selbst versteht, das Verfahren der Reparationskommission zur Sprache bringen und Einpruch dagegen erheben. Wir werden es ablehnen, daß Entschädigungen von uns auf Grund so vager Schadensberechnungen verlangt werden, deren offenkundige Unrichtigkeiten und Uebertreibungen zu erweisen man uns bei Terminverlust verweigern will. Unser Recht und das Unrecht der Reparationskommission sind so klar, daß dadurch unsere Stellung in der Entschädigungsfrage wesentlich gestärkt wird.

Oberschlesien tut ihre Pflicht.

Den Londoner Beschluß über Oberschlesien behandeln die Berliner Wälder weiterhin. Die „Kreuzzeitung“ meint, es werde nunmehr Sache der Oberschlesier sein, sowohl der Landesbewohner, wie der Reichsoberschlesier, alles aufzubieten, um eine über-wältigende Mehrheit aufzubringen, die es der Entente moralisch unmöglich macht, auch Teile von Oberschlesien abzutrennen und zu Polen zu schlagen.

Die polnischen Truppenansammlungen.

Mit Bezug auf die Festsetzung des 20. März als gemeinschaftlichen Abstimmungszeitpunkt aller Oberschlesier meidet das „Berliner 8-Uhr-Abendblatt“: In Polen werden die Jahrgänge 1898 bis 1900 eingezogen. In Sosnowitz, also an der ober-schlesischen Grenze, befinden sich große Munitionsläger. Die polnische Grenze ist vor ungefähr 8 Tagen mit verstärkter Truppenmacht besetzt worden. Es darf niemand außer polnischen Arbeitern die Grenze überschreiten und auch diese nur mit Grenzübertrittsscheinen. In den nahe der Grenze gelegenen Ortschaften sind sämtliche Wohnungen beschlagnahmt worden. Familien mit 2 Kindern mußten 1 Zimmer für die zu erwartenden polnischen Soldaten zur Verfügung stellen.

Der Stand der Ernährungslage.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

München, 23. Februar.

In einer gestern im Landwirtschaftsministerium gehaltenen Pressekonferenz äußerte der Reichsernährungsminister Dr. Dornes über den derzeitigen Stand der Ernährungslage etwa folgendes: Die Verlangung habe sich im letzten Wirtschaftsjahr etwas günstiger gestaltet. Die Qualität des Roggweizens, dessen Ration seit dem 16. Febr. von 150 auf 200 Gramm pro Kopf und Woche erhöht werden konnte, werde ab 16. März durch andere Ausmahlung noch verbessert werden. In Bezug auf den Weizenabbau würde man die Preise durch Verheerung von mehr Waren, teils durch vermehrte inländische Erzeugung und teils durch Einfuhr ausländischer Lebensmittel, brücken. Wenn durch die Londoner Konferenz unsere Ernährungswirtschaft nicht erneut zurückgeworfen werde, so könne man mit einiger Hoffnung wenigstens auf die nächste Zukunft blicken. Unsere Ernährungspolitik müsse es sich vor allem am Grundgedanken machen, die inländische Produktion zu heben. Der Bedarf unserer Landwirtschaft an künstlichem Dünger habe eine meistenteils Erleichterung durch unsere Stickstoffindustrie, die jährlich 60 000 Tonnen mehr produziere als im Jahre 1913.

Die Sachverständigenkonferenz.

Wie die „B. Z. am Mittag“ meldet, hat in der gestrigen Sitzung der Berliner Sachverständigenkonferenz für London zum erstenmale der Reichsernährungsminister des Auswärtigen Dr. Simons persönlich teilgenommen. Die Denkschrift der Sachverständigen sollte gestern fertiggestellt werden und die völlig abnehmende Haltung Deutschlands gegenüber den Vorschlägen der Entente eingehend begründen. Am Sonntag werden die deutschen Vertreter nach London abreisen. — Eine Meldung des B.Z. aus Berlin besagt: Der für die Vorbereitung der Londoner Konferenz eingelegte Sachverständigenaustausch hat gestern dem Reichsernährungsminister des Reichs über das bisher erzielte Ergebnis seiner Verhandlungen Bericht erstattet. Eine Redaktionskommission wird nunmehr den endgültigen Text des zu erstattenden Gutachtens feststellen. Den Abschluß werden die Beratungen in einer am Freitag stattfindenden Plenarsitzung, an der eine große Zahl Sachverständiger aller Kreise des Berufslebens teilnehmen wird, finden.

Das Ergebnis der preussischen Wahlen.

Nach der vorläufigen amtlichen Feststellung setzt sich der neue preussische Landtag wie folgt zusammen:

Rechtssozialdemokraten	111
Zentrum	83
Demokraten	25
Deutschnationale	73
Unabhängige Sozialdemokraten	28
Deutsche Volkspartei	56
Vereinigte Kommunisten	30
Wirtschaftspartei	2
Welfen und Schleswig-Holsteiner	6
Zusammen	414

In dieser Zahl sind die 22 ober-schlesischen Mandate mit eingerechnet.

Es wurden insgesamt 15 953 338 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die einzelnen Parteien:

Rechtssozialisten 4 171 286,
Zentrum 2 964 002,
Demokraten 977 463,
Deutschnationale 2 892 667,
Unabhängige 1 055 023,
Deutsche Volkspartei 2 266 587,
Kommunisten 1 207 695,
Polnische Partei 12 271,
Fraktionslose 940,
Wirtschaftspartei 187 345 und
auf sonstige Parteien 5806 Stimmen.

B.Z. teilt mit: Wir machen darauf aufmerksam, daß die Zahlen der vorläufigen amtlichen Feststellung über die Verteilung der Mandate im preussischen Landtage mit den von uns errechneten nicht übereinstimmen. Es ist jedoch im Augenblick nicht möglich, aufzuklären, wo der Fehler liegt, sondern es müssen erst die endgültig errechneten Zahlen abgewartet werden. — Sodann stimmt in der Feststellung über die abgegebenen Stimmen die Gesamtzahl mit den bei den einzelnen Parteien angegebenen Stimmenzahlen nicht überein. Das scheint sich daraus zu erklären, daß in der ersten die ober-schlesischen Zahlen mitgerechnet sind.

Preßstimmen.

Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen wird von der „Noten-Fahrer“ als ein für die kommunistische Partei durchaus gutes bezeichnet. Es übertrifft die Erwartungen der Genossen.

Zu dem beträchtlichen Wiederanstieg der Sozialdemokratie führt der „Kreuzzeitung“ aus, daß, wenn die Reichsregierung durch die Autarkie in London bewirkt, daß sie entzünden die Politik der Deutschnationalen ablehnt, daß sie aber umso deutlicher im Sinne der Wähler der Sozialdemokratie handeln will, es ihr gelingen werde, den Schaden wieder auszugleichen, den die Genossen der Deutschnationalen verursacht hätten.

Scheidemann erklärt im „Mittags-Abendblatt“, auch fernerhin ein Gegner jedes Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei zu sein. Es könnte höchstens davon die Rede sein, daß die Entscheidung davon abhängt, auf Grund welchen Aktionsprogrammes eine neue Regierung im Reich errichtet soll.

Kaffler Kommunistenprozeß.

In der weiteren Verhandlung am Montag erklärte der Bergmann Schöder bei seiner Vernehmung, alle Schriftstücke, die bei ihm vorgefunden seien, seien das Werk eines Spießes, der es darauf abgesehen habe, die Partei zu diskreditieren. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Zeitschrift auch in den Akten des Dessauer Kommunistenprozesses vorgefunden worden seien. Der Verteidiger hat die Feststellung auch auf den Prozeß von Stahmer zu beziehen. Die Verhandlung drehte sich dann wieder um die Frage, ob die Organe die Schuldige sei, oder ob die Angeklagten aus eigener Initiative gehandelt hätten.

Im Mittelpunkt des gestrigen 6. Verhandlungstages steht die Vernehmung des Angeklagten Rabbitsch, des bereits mehrfach erwähnten Wilhelm Zell. Er ist Erzieher

zu den Verhandlungen über die Erweiterung der Koalitionsregierung in Preußen und im Reich sagt das „B. Z.“: Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in kürzester Zeit im Reich wie in Preußen eine große Koalition zustande kommt, die von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zur Mehrheitssozialdemokratie reicht.

In der „Voll. Zeitung“ wird es als schwerer Fehler bezeichnet, daß die Reichsregierung und die preussische zu wenig homogen sind. Es dürfe nicht wiederholt werden, den nach den Reichstagswahlen begangenen Weg nochmals zu beschreiten. Die Möglichkeit, aus diesem Grunde der Regierung fernzubleiben, hat für die Demokratische Partei nichts Schreckhaftes.

Nach der Meinung der „Kreuzzeitung“ ist die Grundlage aller nachrevolutionären Politik Deutschlands nicht zu erschüttern, daß gegen die Sozialdemokraten nicht registriert werden kann.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, dem Kauf nach rechts bei der Landtagswahl und der Landtage, daß mit Einschluß des Zentrums eine starke Mehrheit zu Rechten im Reichstag gegeben wäre, muß bei der Regierungsbildung in Preußen Rechnung getragen werden.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die „Voll. Zeitung“ brachte in ihrer Abendausgabe die Meldung, daß in den Verhandlungen zwischen Reichsminister Heinenbach, Reichsminister Koch und dem Abgeordneten Dr. Stresemann ein Uebereinkommen über die Bildung einer Regierung der Mitte einschließlich der Sozialdemokratie erzielt worden sei. — Wie die National-Liberale Korrespondenz erzählt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen; irgendwelche Vereinbarungen über Form und Art der Regierungsbildung haben in keiner Richtung stattgefunden.

Die Pariser Presse zur Preussenwahl.

Das Ergebnis der preussischen Wahlen hat die Pariser Blätter gegen Deutschland gelächelt. Die „Victoire“ hebt hervor, daß die Wähler von 1914 nicht mehr ein Viertel der Wähler hätten. Andere Blätter sehen in dem Ergebnis ein Streben nach Wiederherstellung der Monarchie und eine Verneinung der Entschädigungen an Frankreich. „Kronblatte“ stimmt demgegenüber auf den Wähler entnehmen zu können, daß die Pariser Blätter auf das Volk keinen so tiefen Eindruck gemacht hätten, wie vorgegeben wurde. Hervorhebt jedoch, in der „Victoire“, daß man auf der Konferenz den deutschen Abgeordneten mehr Vertrauen schenken dürfe und etwas gemäßigter auftreten müsse, wenn sie praktische Mittel zur Schuldentilgung mitbringen und die Konferenz werde Deutschland das Vertrauen nicht zu entziehen brauchen. — Unter den französischen Wählern ist eine Neuerung des „Secolo“ bemerkenswert, welcher sagt, daß die einzige Lösung ist, die deutschen Entschädigungen festzusetzen, um dem deutschen Volk Freiheit und Sicherheit für die Zukunft zu geben.

Die Nachwahlen zum Reichstag.

Nach den beim Reichswahlleiter eingegangenen vorläufigen Meldungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen in den Wahlkreisen I (Preußen) und 14 (Schleswig-Holstein) haben die nachgenannten Parteien folgende Stimmen erhalten: 1. Osthreuzen: die Deutschnationalen 290 643, die Sozialdemokraten 224 235, die Deutsche Volkspartei 138 784, Zentrum 88 423, die vereinigten Kommunisten 67 862, die Unabhängigen 52 002, die Deutsche Demokratische Partei 51 518, die Polnische Partei 12 175, die Wirtschaftspartei des Mittelstandes 9197.

Abgeordnetenliste haben erhalten die Deutschnationalen 4, die Sozialdemokraten 3, die Deutsche Volkspartei 2, das Zentrum 1 und die vereinigten Kommunisten 1.

2. Im 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein erhielten die Deutschnationalen 140 854, die Sozialdemokraten 258 227, die Deutsche Volkspartei 127 407, das Zentrum 5415, die vereinigten Kommunisten 41 052, die Unabhängigen 20 604, die Deutschen Demokraten 64 230, die Schleswig-holsteinische Landespartei 25 217, der Schleswigische Verein 4648.

Abgeordnetenliste haben erhalten die Deutschnationalen 2, die Sozialdemokraten 4, die Deutsche Volkspartei 2 und die Deutschen Demokraten 1 Sitz.

Durch Berechnung der Reststimmen im Wahlkreisverband sind keine Sitze zu belegen. Durch Berechnung der Reststimmen auf die Reichswahlvorschläge erhalten noch die sozialdemokratische Partei 1 Sitz, das Zentrum 1 Sitz, die Deutsche Demokratische Partei 2 Sitze, die Deutschnationale Volkspartei 2 Sitze, die Deutsche Volkspartei 1 Sitz, die Unabhängigen 2 Sitze und die Kommunisten 1 Sitz.

Auf Grund der Reichstagswahlen in Osthreuzen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verchiebung innerhalb der Parteien des Reichstages:

Zahl der Abgeordneten:

Deutschnationale Volkspartei bisher 66, künftig 71.
Deutsche Volkspartei bisher 62, künftig 65.
Sachsen-Anhaltische Landespartei bisher 5, künftig auch 5.
Zentrum bisher 67, künftig 68.
Bayer. Volkspartei bisher 21, künftig auch 21.
Bayer. Bauernbund bisher 4, künftig auch 4.
Deutsche Demokratische Partei bisher 45, künftig 40.
Sozialdemokraten bisher 113, künftig 108.
Unabhängige bisher 59, künftig 61.
Kommunisten bisher 24, künftig 26.
zusammen bisher 466 und künftig zusammen 468.

des kommunistischen „Stuhr-Scho“ in Offen und behauptet, schon vor der Revolution den Spionagen Wilhelm Zell gehabt zu haben. Seit seiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ist er Bezirksleiter des Nachrichtenendienstes in Offen. Er macht eingehende Angaben über einen angeblichen Spionagedienst, der mit der kommunistischen Partei betrieben wird. Ein Oberleutnant des Freikorps Lichtschlag habe ihn bereits einmal zur Teilnahme an einem Aufschußversuch verleitet wollen. Sodann wird der Bericht verlesen, den der Angeklagte Rabbitsch an den Angeklagten Rabbitsch gerichtet hat. Darin stellt Rabbitsch eine ganze Armee auf, bestehend aus 9 Regimentern Infanterie, 2 Regimentern Kavallerie und Artillerie, Eisenbahntrouppen und zuverlässigen Reservisten in einer Stärke von rund 2400 Mann. Sodann eine Fahndungsabteilung wird erwähnt. Der Angeklagte behauptet, er habe diesen Bericht als Phantomprodukt angesehen und keinen Wert darauf gelegt. Der

